

Unfähigkeit und Schwachstellen der Regierung

(Inforpress 9.3.01).- Die hartnäckigen Putschgerüchte, die in den ersten Märztagen in der Luft lagen, waren die perfekten Zutaten, um einmal mehr die Schwäche der Regierung des Präsidenten Alfonso Portillo, die Unfähigkeit der Zivilgesellschaft, angemessen darauf zu reagieren und die Stärke des Einflusses der Internationalen Gemeinschaft aufzuzeigen. Obwohl die Zeichen für einen realen Staatsstreich sehr günstig standen, verhinderten doch die bedingungslose Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft und eines Teils der Militärs, dass er durchgeführt wurde. Zweifellos haben auch die, wenn auch geringen Erfolge, die die Zivilgesellschaft erringen konnte und die Tatsache, dass Portillo einige fachlich fähige, für politische Entscheidungen aber schwache Leute um sich geschart hat, dazu beigetragen, dass ein Staatsstreich verhindert wurde.

Es sieht so aus, als ob das Chaos der Unregierbarkeit der letzten Wochen ein Resultat der ökonomischen Maßnahmen des Präsidenten sind, auch nicht zu vergessen die ständigen Auseinandersetzungen um Korruptionsvorwürfe gegen den Minister für Kommunikation, Infrastruktur und Bauwesen (MICIVI), Luis Rabbé. Eingespannt von den Neuen UnternehmerInnen, persönliche Freunde, die ihren Nutzen aus den Antimonopolkämpfen gezogen haben, hat sich der Präsident politisch verausgabt und der Opposition ein Ass für die nächsten Wahlen in die Hände gespielt.

Dazu kommt noch die Krise im Finanzsektor, die in der Intervention durch die Bankenaufsichtsbehörde bei drei Banken gipfelte, von denen zwei im Besitz von Francisco Alvarado Macdonald sind, die ihren vorläufigen Höhepunkt im Rücktritt des Finanzministers Manuel Maza Castellanos fand.

Diese Vorkommnisse wurden nicht nur von denjenigen ausgenutzt, die ein Interesse haben, das Land zu destabilisieren, sondern auch von den (Rios Montt getreuen, Anm. d. Red.) Abgeordneten der FRG, die sich daran machten, das Geschäftsordnungsgesetz des Kongress derart abzuändern, um unbeschadet aus dem sogenannten "Guaro-Gate" herauszukommen.

Einige Gesellschaftsanalysiker haben schon Ähnlichkeiten mit den Vorkommnissen während der Regierungszeit von Jorge Serrano Elías und in kleinerem Maße auch zu der Regierung von Vinicio Cerezo Arévalo festgestellt, zumindest was das Fehlen einer echten Führungsfähigkeit und einer politisch gelungenen Staatsverwaltung angeht, ganz zu schweigen von den Persönlichkeiten aus dem Umkreis der Militärs.

Der Domino-Effekt

Der Verschleiß der Regierung nach 13 Monaten Amtszeit ist unübersehbar. Auch wenn es vorher schon Krisen gegeben hat: diese scheint die schwierigste zu sein, da so viele verschiedene gesellschaftliche Bereiche involviert sind. Der Finanzsektor befindet sich nicht in bester Verfassung, denn im vergangenen Monat musste er die Intervention durch die Bankenaufsicht bei drei Banken (zwei davon im Besitz des Portillo-Freundes und Wahlkampf-Financiers Alvarado Macdonald) über sich ergehen lassen, da diese keine Liquidität mehr aufwiesen und kapitale Misswirtschaft betrieben hatten. Der UnternehmerInnensektor, der bisher nicht direkt angegangen worden war, musste ‚stillhalten‘, auch wenn Portillo einige Wirtschaftsmaßnahmen ergriffen hatte, die bestimmte UnternehmerInnen nicht erfreuten, wie z. B. die Entmonopolisierung im Zucker- und Mehlhandel, bei Düngemitteln, Zement und zuletzt die Senkung von Importzöllen für Hähnchen und Getränke.

Die Zerstrittenheit der Regierungspartei FRG brachte die Korruption bei den obersten Staatsämtern und in einigen Ministerien ans Licht. Der bekannteste Fall ist der des Infrastrukturministers Rabbé, der seine erste Amtsperiode mit dem Prädikat von mangelhafter Führung seines Ministeriums abschließt. Außerdem hat sein Einfluss auf Fernseh- und Radiosendern zu einer heftigen Schlacht mit der Presse geführt, die

in brachiale Auseinandersetzungen mit den Direktoren der Prensa Libre und der El Periódico ausuferte.

Die Sicherheit war nicht die beste Verbündete von Portillo, auch wenn sie das überstrapazierte Wahlversprechen seines politischen Diskurses war. Die Ermordung von RechtsanwältInnen, andauernde Banküberfälle und das gegen General Otto Pérez Molina gerichtete Attentat zeigen die Unfähigkeit der Regierung, gegen das organisierte Verbrechen vorzugehen.

Inmitten dieser Turbulenzen und die Gesamtlage ausnützend, machten sich die Abgeordneten der FRG daran, den Artikel 16 der Kongressgeschäftsordnung derart zu ändern, dass sie nicht mehr von ihren Ämtern entfernt werden könnten aufgrund ihrer illegalen Abänderung des Gesetzes zur Besteuerung alkoholischer Getränke: Der Fall "Guaro-Gate".

Jedes dieser Elemente trug seinen Teil zu der Gerüchteküche bei, es sei ein Staatsstreich im Gange -der dritte bereits in der Amtszeit von Portillo- was dann durch klare Verlautbarungen der internationalen Staatengemeinschaft gegen Putschabsichten unterbunden wurde.

Diejenigen, die diese Unruhen erzeugten, bleiben bisher noch im Anonymen. Klar ist aber, dass in Guatemala Staatsstrieche sich zum modus vivendi gemausert haben. "In den mächtigsten Zirkeln der Gesellschaft des Landes sind die zu finden, Ex-Putschisten in ihrem Herzen, Leute, denen es nicht passt, Steuern zu zahlen und Demokraten zu werden, die die einzigen Nutznießer der Schwäche des Staates sind," versichert Helen Mack, Leiterin der Stiftung Myrna Mack.

Involvierte Mächte

"Warum kam die Putschidee nicht in die Tüte, obwohl doch die Krise recht günstig dafür war?" Guillermo Monroy, Leiter des erzbischöflichen Pastoralbüros, sagt dazu, man müsse dafür drei Bereiche in die Waagschale legen: "Das Militär, die Spitzen der Wirtschaft und die US-Regierung."

Alle drei hätten für die Regierung Portillo eine Lanze gebrochen. In Übereinstimmung mit Mack zu diesem Punkt: Das Militär sei sich bewusst, dass es benützt worden sei und vor allen Dingen möchte es sich jetzt als Institution etablieren. Die Ernennung von Eduardo Arévalo Lacs zum Verteidigungsminister durch Präsident Portillo basiere auf gegenseitiger Freundschaft und das Interesse vom Minister sei, zu beweisen, dass er ein gewilltes Militär in der Hand habe, eine verfassungsmäßige Regierung zu stützen, sagte eine Quelle, die lieber unerwähnt bleiben möchte.

Auch die internationale Staatengemeinschaft erwies ihre Unterstützung durch die Organisation Amerikanischer Staaten, ebenso die Gruppe der befreundeten Länder, die der rechtmäßigen Regierung ihre Hilfe versicherten. Außerdem gebietet die geopolitische Lage Guatemalas, diesem Land besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Nachdem die Zivilgesellschaft während des Krieges zum Schweigen verurteilt war, macht sie nun ihre ersten Schritte und drückt ihre Unzufriedenheit aus wegen der Nichteinlösung der Wahlversprechen und kritisiert die Haltung einiger staatlicher Sektoren, das Verhalten im Kongress und die Korruption im Falle des Bau- und Infrastrukturministeriums. Ein Kommentator merkt an, dass auch die Presse eine wichtige Rolle gespielt hat, denn sie hat den gegen die Regierung gerichteten Aktionen der "Bewegung für Gerechtigkeit" Rückendeckung gegeben. Dabei darf man aber nicht das politische Eigeninteresse der Zeitungsdirektoren außer acht lassen, die die Konjunktur geschickt genützt haben, um ihr Image aufzupolieren.

Die Analytiker sind der festen Meinung, dass die Beziehungen der Unternehmerschaft zu dieser Regierung beeinträchtigt sind von einer Gruppe, die neu in das Metier der etablierten UnternehmerInnen eingedrungen sind. Diese versucht unter dem Schutz der Regierung, schmutzige Geschäfte zu machen.

Dies hat den begonnenen Wirtschaftsmaßnahmen gegen die Monopole die Ernsthaftigkeit genommen, denn das Ergebnis der Auseinandersetzungen ist die Etablierung neuer Monopolisten, die aus dem engen Freundeskreis von Portillo stammen, meint Monroy.

Die aktuelle Bankenkrise leitet sich ebenso aus dieser Konstellation ab, denn in dem Bestreben, seine Hand schützend über seine Gesinnungsgenossen zu halten, wurde den jeweiligen Staatsautoritäten untersagt, bei den Bankinstituten zu intervenieren, die schon seit Jahren mit ihrem Kapital spekulierten und in der letzten Zeit wahre Manöver vollbrachten, um die illegalen Geschäfte ihrer Aktionäre zu decken.

Schlussendlich ist auch die FRG selbst Protagonistin der Krise, denn seit ihren Anfängen ist sie in Zerstrittenheit verfangen und die fähigen PolitikerInnen innerhalb der Partei kommen nicht zum Zuge. Zum Teil liegt das auch daran, dass Portillo eingekeilt ist zwischen dem organisierten Verbrechen und den Hardlinern der FRG, die innerhalb der Regierung überwiegen, so die Analyse.

Entmutigendes Szenario

Den größten Schaden dieses Konfliktes wird letztendlich das Volk davontragen, denn die Kapitalspritzen, die die Bank von Guatemala den gefährdeten Instituten geben musste, um die Spareinlagen der KontoinhaberInnen zu retten, werden langfristig Auswirkungen auf die wirtschaftliche Stabilität des Landes haben. Und unterdessen sieht es so aus, als würden die Staatsstreichgerüchte die Regierung schwächen und die Toleranzgrenzen der Internationalen Staatengemeinschaft und der Zivilgesellschaft überbeanspruchen.

Die Analytiker sind sich einig, dass ein Ausweg aus der Krise nur über einen Regierbarkeitspakt, der die nationale Einheit sucht, möglich ist. Außerdem müssten einige Politiker abtreten, die nicht nur dem Ansehen der Regierungspartei schaden, sondern sich auch auf Kosten des Staates bereichern. Allen ist außerdem klar, dass, wenn die Regierung ihr bisheriges Kabinett beibehält und weiterhin ohne öffentlich nachvollziehbare Politik vor sich hin wurschtelt, im Land das politische, wirtschaftliche und soziale Chaos ausbrechen wird.

San Jorge la Laguna - Kompromiss im Landkonflikt

(Guatemala, 12. März) Die BewohnerInnen von San Jorge La Laguna in der Provinz Sololá haben mit VertreterInnen der Zivilen Vereinigung Atilán eine Übereinkunft getroffen. Dieser wird die Veruntreuung von 2 Millionen Quetzales (ca. 270.000 US\$) vorgeworfen, die sie im Zuge der Verhandlungen um die Finca El Jaibal erhalten hat.

Der beigestellte Menschenrechtsbeauftragte Urías B. Orozco erklärte, das Ergebnis des neunjährigen Kampfes der Gemeinde um das am Ufer des Atilánsee gelegene Land sei, dass der Besitzer der Finca El Jaibal den BäuerInnen drei Manzanas (ca. 2 Hektar) überlassen

habe sowie 2 Mio. Quetzal. Die Auflage sei gewesen, damit das Areal zu bebauen zum Nutzen der Allgemeinheit. Zur Verwaltung des Geldes und zur Planung von Projekten sei vor drei Jahren die Zivile Vereinigung Atilán gegründet worden.

Die BewohnerInnen von San Jorge La Laguna werfen der Zivilen Vereinigung jedoch vor, bisher weder einen Bericht vorgelegt, geschweige denn entsprechende Projekte vorangetrieben zu haben. Sie besetzten deshalb kurzerhand das Gelände, um Druck auf die Zivile Vereinigung auszuüben und die Funktionäre zum Rücktritt zu zwingen. Da-

raufhin wurde offensichtlich ein Kompromiss erzielt. Der derzeitige Vorsitzende der Zivilen Vereinigung, Pedro R. Pocop Coroxón, versprach, Ende März eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Dort solle ein Bericht über die bisher geleistete Arbeit und die geplanten Projekte vorgelegt und über die Verwendung der Gelder informiert werden. Außerdem solle ein neues Leitungsgremium gewählt werden. Hierfür sei ein Wahlgremium eingerichtet worden, das sich aus jeweils fünf BewohnerInnen und fünf Mitgliedern der Zivilen Vereinigung zusammensetzt.

Attentate im Zusammenhang mit Gerardi-Prozess

(Guatemala, 30.3.) Trotz Polizeischutz ist auf die Richterin Iris Yasmín Barrios, die Beisitzende der Gerichtskammer ist, vor der der Prozess um die Ermordung des Bischofs Gerardi verhandelt wird, ein Attentat verübt worden. Am 21.3. gelang es Unbekannten, zwei Splittergranaten in den Innenhof ihres Hauses zu werfen. Glücklicherweise wurde durch die Explosion niemand verletzt; aber das Attentat ist ein erneuter Versuch, mit dem Fall Gerardi befasste RichterInnen einzuschüchtern. Zwei Tage später wurde auch die Präsidentin des Verfassungsgerichts, Conchita Mazariegos, Opfer eines Attentats. Nachdem Mazariegos schon telefonische Morddrohungen erhalten hatte, schossen Unbekannte mehrmals auf ihr Wohnhaus, richteten dabei aber nur materiellen Schaden an. Miguel Angel Albizures von der Allianz gegen die Straffreiheit sieht die Verantwortlichen für beide Attentate in Leuten, die in den Mord an Gerardi verwickelt sind. Er schloss auch nicht aus, dass Mitglieder der Armee, die in der Vergangenheit Menschenrechtsverletzungen begangen haben, durch solche Aktionen das Land destabilisieren und das Justizwesen schwächen wollen.

Währenddessen begann der Prozess mit verschiedenen Sachverständigenaussagen und Gutachten. Zunächst machten die fünf Haupttatverdächtigen Oberst Byron Lima Estrada, der Priester Mario Orantes Nájera, der Leibwächter Obdulio Villanueva, die Hausangestellte Margarita López und Hauptmann Byron Lima Oliva von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch. Dann beschrieb ein Gutachter die genauen Todesumstände des Bischofs. Durch die Ergebnisse von Laboruntersuchungen der Fingerabdrücke konnte eine Beteiligung von Mitgliedern der "Banda Valle del Sol" ausgeschlossen werden, die vom Oberst Lima mit dem Mord in Verbindung gebracht wurde. Dagegen ergaben die Untersuchungen von Blutspuren im Haus des Bischofs, dass sich Blut des Ermordeten an den Schuhen und im Zimmer des Priesters Orantes fand, was im Widerspruch zu den Behauptungen der Verteidigung des Priesters steht. Ein Schriftexperte analysierte die Handschrift von Byron Lima Oliva und deckte dadurch dessen Zeugenbestechungsversuche auf. Helen Mack und Fernando Penados traten als Zeuginnen auf und bestätigten eindeutig, dass ein Fotograf des EMP

(Generalstab des Präsidenten), nämlich Rubén D. Morales am Tatort gewesen war und später Fotos veröffentlicht hatte, was dieser aber weit von sich wies. Diese Debatte führte dazu, dass sich die beteiligten Militärs immer mehr in Widersprüche verwickelten. Der Koordinator des Menschenrechtsbüros des Erzbischofs (ODHA), Monseñor Mario Enrique Ríos Montt sagte aus, dass die katholische Kirche unter Druck gesetzt wurde, falsche Aussagen zu machen, um damit den beschuldigten Priester Orantes freizukaufen. Der Bruder des damaligen Präsidenten Alvaro Arzú habe ihn aufgefordert, ein Dokument zu unterzeichnen, in dem er die Regierung und Militärs frei von jeder Schuld an der Ermordung Gerardis spreche; sollte er nicht unterzeichnen, werde Orantes im Gefängnis bleiben. Monseñor Montt bekräftigte, dass der Mord an Gerardi politisch motiviert gewesen sei: "Die Präsidenten in Guatemala kommen und gehen, aber die eigentliche Macht bleibt. Der Mord an Gerardi war technisch ausgezeichnet vorbereitet und exakt durchgeführt und ist dadurch deutlich von einem gemeinen Verbrechen zu unterscheiden. Es war ein politischer Mord."

Deutschland mischt sich ein

(Guatemala, 26.3.) Die Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wieczorek-Zeul hat die Regierung Guatemalas in einem Kommuniqué aufgefordert, den Schutz der Menschenrechte zu garantieren. Insbesondere solle die Regierung für Sicherheit sorgen und energisch gegen die massiv zunehmenden Verfolgungen und Angriffe auf MitarbeiterInnen von Nichtregierungsorganisationen vorgehen. Guatemala solle konsequent die mit dem Friedensabkommen eingegangenen Verpflichtungen zur Wahrung der Menschenrechte einhalten. Deutschland mache seine finanzielle Hilfe von der Erfüllung der Abkommen abhängig, ergänzte sie in dem Kommuniqué. Wieczorek-Zeul, die für die Vergabe von Entwicklungshilfegelder zuständig ist, traf sich in Berlin mit der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú, welche an einer Veranstaltung des UN-Kinderhilfswerks UNICEF zu "Kinder im Krieg", speziell zum ,Krieg der

Militärs gegen das eigene Volk von Guatemala', teilnahm. Offenbar registriert die guatemaltekische Regierung derartige Äußerungen als höchst unangenehm. Außenminister Gabriel Orellana versuchte genauere Informationen über Wieczorek-Zeuls Aussagen einzuholen und bat den Botschafter Guatemalas in Berlin, zu eruiieren, ob diese Äußerungen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes darstellten. Gleichzeitig gab sein Ministerium bekannt, Deutschland nicht mit seiner Stimme in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wählen zu wollen. Angesichts solcher Drohungen sah sich der deutsche Botschafter in Guatemala, Walter Eickhoff genötigt, die Erklärungen Wieczorek-Zeuls zu relativieren. Er habe in ihren Äußerungen "keine Andeutungen von Bedingungen oder gar das Wort Bedingung gefunden", erklärte er bei einem Treffen gegenüber Orellana. Die BRD-Hilfe läuft weiter.

¡Fijáte! – Impressum

Solidarität mit Guatemala eV

Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

AboVerwaltung:
Christian Hagmann
Am Bahnhof 6
D-78315 Radolfzell
kemnik-guatemala@t-online.de

Redaktion:
Barbara Müller
Ankerstrasse 16
CH-8004 Zürich
barbara-m@bluewin.ch

JahresAbo: 110.- DM,
AuslandsAbo: 120.- DM
Erscheinungsweise 14täglich;

Nachdruck mit Quellenangabe
und Spenden erwünscht

Guatemalas Kaffeewirtschaft in der Krise

Der Kaffeesektor, dessen Bohnen mengen- und auch wertmäßig über mehr als 100 Jahre das wichtigste landwirtschaftliche Exportprodukt Guatemalas waren, durchlebt eine der schwierigsten Etappen. Die weit auseinanderklaffende Schere zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt ist einer der Hauptgründe für den Preisverfall des Kaffees. Angesichts dieser Situation präsentierte die Regierung Portillo den KaffeeproduzentInnen einen Finanzhilfeplan, der diesen durch die Ausgabe staatlicher Schuldverschreibungen in den USA und Europa subventionierte Kredite gewähren soll. Nach Untersuchungen der Weltbank wird jedoch die aktuelle Preisflaute noch einige Jahre anhalten, weshalb es notwendig sei, eine andere Art von Agrarpolitik in die Wege zu leiten. Ein Vorschlag unter anderen, der von verschiedenen Sektoren favorisiert worden ist, sei die Diversifizierung der Agrarproduktion.

(Der Artikel basiert auf Nachrichten von Inforpress und Centro de Estudios de Guatemala)

Unbewirtschaftete Finkas

Verlassene Gebäude, wenige Arbeitskräfte, geringe Ernte, leere Trockenhöfe, Totenstille, das ist der vorherrschende Eindruck, den die Kaffeeregion von San Marcos in diesen ersten Monaten des Jahres 2001 bietet.

Die seit Jahren international fallenden Rohkaffeepreise greifen die Wirtschaft der Menschen dieses hervorragenden Kaffeeanbaugebietes heftig und substantiell an. EinwohnerInnen erzählen, wie sonst immer im Februar der vergangenen Jahre beobachteten, wie viele, viele ArbeiterInnen die Kaffeeplantagen gesäubert, gedüngt und die Wege fürs neue Ernten hergerichtet hätten. Jetzt aber prägen Angst und Unsicherheit die Gesichter vieler [Campesin@s](#), die intensiv nach anderen Arbeitsmöglichkeiten suchten, um ihre Familien zu ernähren.

Die Finkeros der Region, die sich für die größten Arbeitgeber halten, geben zu bedenken, dass das nur der Anfang der Probleme sei, in einigen Wochen würde sich die Krise erst recht manifestieren in noch größerer Arbeitslosigkeit und dann auch in Gewalt.

Ungefähr 61500 KaffeeproduzentInnen der Region (kleine, mittlere und große zusammen) haben bisher ca. 11% der ökonomisch aktiven Bevölkerung Arbeit gegeben, das entspricht ungefähr 2,2 Millionen Personen, die damit ihr überwiegendes Haushaltseinkommen verdient haben.

Zur Abwendung einer noch schlimmeren Krise fordern die Finkeros staatliche Unterstützung, insbesondere günstige Produktionskredite.

Regierung sagt Hilfe zu

Der Nationale Zusammenschluss der KaffeeproduzentInnen (ANACAFE) machte im Laufe des Februars mittels seiner Verlautbarungen über den wirtschaftlichen Niedergang des Kaffeesektors starken Druck auf die Regie-

rung, die dann auch ein Hilfspaket vorstellte.

Um 23,6% sei der Kaffee-Export von Guatemala, Mexiko, El Salvador, Nicaragua und Peru gefallen im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres; auf 59,8 \$ pro Sack sei der Preis auf dem internationalen Markt gesunken, der dem Verkaufserlös des Jahres 1993 entspräche; Guatemala würde dieses Jahr deswegen im Vergleich zum letzten ca. 300 Mio. \$ weniger an Devisen einnehmen und die ANACAFE-Mitglieder müssten entsprechende Verluste verzeichnen.

Angesichts dieses dargestellten Infernos bot die Regierung Portillo dem Kaffeesektor ein Hilfspaket an, das 150 Mio. \$, technische Beratung und Unterstützung bei der Diversifizierung der Produktion beinhaltet.

In drei Paketen von jeweils 50 Mio. \$ verschuldet sich Guatemala im Ausland und richtet mit diesem Geld einen Fonds ein beim privaten Bankensystem. Ein Direktorium wird dieses Geld zu getreuen Händen der KaffeeproduzentInnen verwalten, die daran interessiert sind, einen um ca. 10% billigeren Kredit als auf dem normalen Kapitalmarkt zu bekommen. Darüber hinaus begünstigt die Regierung die Umstellung des bisherigen Kaffeeanbaus auf andere landwirtschaftliche Produkte und gewährt dafür technische Hilfe und Beratung.

Verteilung nach Art der Reichen

Die Interessenvertretung der Kaffee-Finkeros (ANACAFE) befand dieses Vorhaben als gut und schlug des weiteren auch die Subventionierung der Vernichtung von minderwertigerem Kaffee vor, um das Überangebot zu reduzieren und den Preisverfall zu stoppen.

Manfredo Töpke, Geschäftsführender Vorstand von ANACAFE, präsentierte nach der außerordentlichen Vollversammlung des Verbandes am 28. Februar auch gleich die Vorstellungen, wie

die staatlichen Gelder an die KaffeeproduzentInnen weitergegeben werden sollten:

Bis zu 100 Mio. \$ der neuen Staatsanleihe sollten den Finkeros zur Verfügung stehen, die mehr als 100 Quintales (46 kg) Kaffee produzieren; für die kleineren reichten die anderen 50 Mio. \$.

Voraussetzung für die Kreditzuteilung sei die Mitgliedschaft bei ANACAFE, die Registrierung des Eigentums als Kaffeeanbaufläche und deren kommerziellen Bewertung.

Im Falle, dass kein Eigentumstitel vorliege, könne als Ersatz die Bestätigung der Gemeindeverwaltung dienen; falls es Kooperativenland sei, müsse die Genossenschaft für den Kredit bürgen.

Die Kreditvergabe obliege einem Gremium, das sich aus VertreterInnen der Bank, bei der der Fonds verwaltet werde, aus FunktionärInnen der Ministerien für Finanzen und Landwirtschaft und von RepräsentantInnen von ANACAFE zusammensetze.

Die Kredite sollten eine Laufzeit von 10 Jahren haben, wobei die ersten drei Jahre zins- und tilgungsfrei sein sollten mit einem Zinssatz von nur 10% bis höchstens 12% p.a. (banküblicher Zinssatz 18-25%). Die Kredite sollten keine Neuverschuldung für die Cafetaleros darstellen, sondern eher zur günstigen Umschuldung der bereits bestehenden Kredite Verwendung finden.

Die GroßproduzentInnen sollten einen Kreditrahmen ausschöpfen dürfen bis zu 80% des Schätzwertes ihres Eigentums, den anderen sollte Kredit zugestanden werden bis zur Höhe von 30tausend Quetzal.

Ursachen für den Niedergang

Die aktuelle Krise nahm ihren Anfang mit dem Überangebot von ca. 5 Mio. Sack Kaffee auf dem Weltmarkt, das dadurch zustande kam, dass sich die Kaffeeproduktion des Hauptlieferanten Brasilien nach erlittenen Klimaschäden

wieder konsolidiert hatte und Vietnam als Newcomer mit einigen Millionen Sack auf den Weltmarkt drängte. (Die Weltbank und auch Kaffeekonzerne standen dabei Vietnam als Pate bei.)

Nach einer Zusammenstellung von ANACAFE betrug die Exportquote Brasiliens in der letztjährigen Periode nur noch 21,3% des Weltmarktangebotes (eine Reduktion um 8,3%), wohingegen der „Tiger“ Vietnam von nahezu 0% zum zweitgrößten Anbieter emporgeschwungen sei mit seinen 12,3%, sich noch vor Kolumbien platzierte (9%) und Guatemala mit seinen gerade noch 4,9% zum mittelmäßigen Exporteur degradierte.

Im Jahr 2000 war Guatemala auf dem Rang 6 der Weltproduktion, was den Cafetaleros 598 Mio. Dollar Einnahmen bescherte.

Nach dem Untersuchungsergebnis des sozial-ökonomischen Instituts der San Carlos Universität in Guatemala existieren aber auch interne Faktoren für die Verschärfung der Krise. Vor allen Dingen hätten die Kaffeebarone Guatemalas kein Augenmerk darauf gerichtet, modernere Technologie einzusetzen, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Rigoberto Dueñas, Funktionär der Allgemeinen Gewerkschaftszentrale Guatemalas (CGTG) bestätigt dies: In anderen Ländern hätten die Finka-Arbeiter Motorsägen zur Verfügung, um Bäume oder die Kaffeesträucher zu fällen und auszuschneiden, hier würde man den Arbeitern miserable Macheten oder mancherorts sogar nur abgebrochene in die Hand drücken.

Der Zeitungskommentator Jorge Jacobs kreidet den Kaffee-Plantagen-Eignern an, sie hätten keine Unternehmervision, wenn die Kaffeepreise hochgingen, würden sie ihre Gewinne nicht zur Kapitalisierung und Diversifizierung der Produktion verwenden, sondern würden einfach noch mehr Kaffee anbauen. Andererseits schiebt ANACAFE die Schuld für die Krise eindeutig der Politik in die Schuhe: Der Staat stelle keine Kredite zur Verfügung, die Zinsen seien zu hoch und vor allem seien die einschlägigen Regierungsdekrete dafür verantwortlich, die den landwirtschaftlichen Mindestlohn um 46% angehoben hätten.

Niedriges Lohnniveau, Arbeitslosigkeit, Migration

Aufgrund der Krise in der Kaffeewirtschaft strömen Tausende Arbeit

suchende nach Mexiko. Nach den Neujahrs- und Dreikönigsfesttagen haben nach Angaben der örtlichen Migrationsbehörde von El Carmen mindestens 5000 TagelöhnerInnen die Grenze passiert. Hunderte von Männern, Frauen und Kindern harnten meist unter freiem Himmel aus, nachdem sie zigkilometerlange Fußmärsche hinter sich gebracht hätten, in der Hoffnung darauf, dass sie frühmorgens ein mexikanischer Arbeitsvermittler verdinge. Jorge Masilla, Verwalter der Finka Nuevo Mundo in Malacatán, Depto. San Marcos, bestätigte, dass er kürzlich 50 seiner ständigen Arbeiter entlassen musste und sehe aufgrund des finanziellen Engpasses kaum eine Möglichkeit, saisonale ArbeiterInnen zu beschäftigen. Genauso äußerte sich der Arbeitsvermittler Daniel López Gabriel, dass er wohl niemanden von den sonst 6000 KaffeeplückerInnen unterbringen könne, die nach Malacatán strömen. Der Gewerkschafter Dueñas weist darauf hin, dass die niedrigen Löhne auch der Grund der Migrationswelle ins Nachbarland seien. Das sei nichts Neues, schon ungefähr zehn Jahre lang sei das so, dass die landwirtschaftlichen WanderarbeiterInnen nach Tapachula, Mexiko, ziehen. Seit der Mindestlohn damals von sieben auf zehn Quetzal erhöht worden sei, und die Cafetaleros diesen nicht auszahlten, oftmals erst auf arbeitsgerichtlichen Druck. In Mexiko bekäme man dagegen im Tagesdurchschnitt 28 bis 30 Quetzal bezahlt. Er könne sich nicht erklären, weshalb in Mexiko für einen Quintal geernteter Kaffeekirschen 30 Quetzal bezahlt werde, in Costa Rica sogar 40 Quetzal, und hier gerade einmal 25. Die guatemalteckischen Cafetaleros hätten keine Verluste erlitten, sondern lediglich sei ihr Gewinn geschmälert worden.

Nach Untersuchungen von [Campesin@-Organisationen](#) werde auf vielen Plantagen nicht der heute gesetzliche Mindestlohn bezahlt oder umgangen; das Tagesleistungssoll werde hochgeschraubt, ohne die Bezahlung zu erhöhen. So werde z.B. auf für eine Tonne geschnittenen Zuckerrohrs nur sechs bis sieben Quetzal angerechnet.

In der Presseverlautbarung von ANACAFE vom 3.12.2000 ist zu lesen, dass die Herstellungskosten von einem Quintal Café Pergamino (getrocknete Kaffeebohnen) im Verlauf des Jahres von 625.- Quetzal auf 703.- Quetzal gestiegen seien. Fünf Quintales Kaffeekirschen ergäben einen Quintal Café

Pergamino; dafür müssten 125.- Quetzal Pflücklohn und weitere 125.- Quetzal für andere Arbeiten (Pflege der Plantagen und Weiterverarbeitung der Kirsche) ausgegeben werden.

Die Antwort auf die Frage, wie sich die restlichen Produktionskosten von 453.- Quetzal zusammensetzen, abgesehen von den Lohnkosten, blieb ANACAFE schuldig. Dagegen meint Dueñas vom Gewerkschaftsverband CGTG, dass die Cafetaleros nicht nur die Kreditkosten, falls sie Geld aufgenommen hätten, einrechnen würden, sondern auch sämtliche Kosten des kompletten und großzügigen Automobilparks der jeweiligen Großgrundbesitzerfamilie. Mittels derartigen Kalkulationen würden die Gewinne minimiert werden, was dann wieder als Rechtfertigung herangezogen würde, dass sie nicht in der Lage seien, bessere Löhne zu bezahlen oder gar noch Steuern.

Angedachte Problemlösungen

Die Interessensverbände der Cafetaleros und somit auch Regierungsstellen schlagen vor, den Anbau von qualitativem Hochlandkaffee zu fördern und dagegen die niedriger gelegenen Kaffeepflanzungen umzustellen auf rentablere Produkte; insbesondere ist an Kautschuk und Zuckerrohr gedacht.

Dabei sollte allerdings in Betracht gezogen werden, dass die Weltmarktpreise auch dieser Produkte seit Jahren tendenziell fallen. Ein Blick auf die Deviseneinnahmen bestätigt dies: Nach knapp 600 Mio. \$ im Jahr 2000 für den Export von Kaffee erwartet Guatemala für 2001 nur noch ca. 250 Mio. \$. Der Tourismus sei mit seinen 707 Mio. \$ an die zweite Stelle als Devisenbringer getreten nach den nicht-traditionellen Exportgütern, die mit ihren 1410 Mio. \$ Umsatz an erster Stelle stünden. Auch die bisherigen Exportstandbeine Zucker und Bananen gehen kontinuierlich in die Knie.

Seitens Herrn Töpke von ANACAFE sei ins Auge gefasst, neue Märkte für den besten Kaffee der Welt zu finden (bisher gehen 48% in die USA, 14% nach Deutschland, 9% nach Japan) und für Gourmet-Kaffee zu werben, auch auf dem nationalen Markt.

Die Kammer der UnternehmerInnen für nicht-traditionelle landwirtschaftliche Exportprodukte (AGEXPRONT) kommt in Zusammenarbeit mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) nach Untersuchungen zu dem Schluss, Guatemala könne sich rentabel

(Fortsetzung von Seite 5)

verlegen auf den Anbau von vielerlei Zierpflanzen und bereits bekannten und exotischen Früchten, auch die industrielle Verarbeitung von Lebensmitteln wie Artischockenherzen, Sahne, Liköre, Kakao-Pulver und Nüsse böte sich an. Dafür stünde ein Förderungsprogramm mit 2,5 Mio. \$ zur Verfügung. Daniel Pascual, Sprecher der Nationalen Koordination der [Campesin@-Organisationen](#) (CNOC) bringt in diesem Zusammenhang auch die ökologische, organische Anbauweise ins Gespräch.

Nach der Untersuchung von IPES (Institut für politische, soziale und ökonomische Studien) seien von der aktuellen Krise drei Viertel der kleinen KaffeebäuerInnen in ihrer Existenz bedroht. Sie könnten nicht von heute auf morgen ihre Produktion umstellen, sie lebten mehr oder weniger von der Hand in den Mund und bräuchten finanzielle Soforthilfen.

(Der Mehrzahl der Kaffee-ArbeiterInnen bleibt indes nur: „Abwarten und Kaffeetrinken.“ Letzteres gilt allerdings mehr für die hiesigen KonsumentInnen, meint der Übersetzer.)

Hausangestellte fordern Gleichstellung

(Guatemala, 13.3.) Imelda Hernández, Leiterin des Unterstützungszentrums für Hausangestellte (CENTRACAP) verlangte für die nächsten Tage eine Audienz beim Arbeitsminister Juan Francisco Alfaro mit dem Ziel, dass die Arbeitsgesetze möglichst schnell dahingehend verändert werden, dass die in Privathaushalten Beschäftigten gleiches Recht vor dem Gesetz hätten wie alle anderen ArbeiterInnen.

Die Hausangestellten, meistens Mädchen und Frauen, seien mehrfach diskriminiert, nicht nur durch die Gesellschaft, sondern auch im Arbeitsrecht. Für sie seien per Gesetz bisher keinerlei Extrazahlungen, Versicherungsschutz und andere Vergünstigungen vorgesehen, was jeder anderen ArbeiterIn zustehe.

Bananengewerkschafter müssen ins Exil

(Guatemala, 26. März) Die Flucht ins Exil von fünf ehemaligen Leitungsgliedern der Gewerkschaft der BananenarbeiterInnen (SITRABI) in der Provinz Izabal legt die Schwäche des guatemalteckischen Rechtsstaates offen. Aufgrund des von einem Gericht in Puerto Barrios gefällten Urteils gegen 22 Händler der Bananenregion, die SITRABI-Mitglieder entführt und genötigt hatten, fürchten die Gewerkschafter nun um ihr Leben.

Die Unternehmer sind zwar zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden, können jedoch gegen Hinterlegung einer Kaution jederzeit freikommen.

Das Urteil ist ohnehin nur deshalb zustande gekommen, weil Anfang März im Bericht einer US-amerikanischen Regierungskommission die weitere Gewährung von Zollpräferenzen für guatemalteckische Handelsware von Verbesserungen in der Arbeitsgesetzgebung abhängig gemacht worden ist.

Verschiedene Gewerkschaftsführer bedauerten das Exil ihrer Kollegen und erklärten, dass dies einem Rückfall in die siebziger und achtziger Jahre gleichkäme, als die Gewerkschaften unablässig von Regierung und Unternehmern bedroht wurden und Tausende von aktiven GewerkschafterInnen entweder verschwunden oder ermordet worden seien oder das Land hätten verlassen müssen. Sie forderten die Regierung auf, endlich dafür Sorge zu tragen, dass die Unternehmer, die täglich die Arbeitsrechte verletzen, tatsächlich bestraft würden. Die von der FRG-Regierung geplanten Änderungen in der Arbeitsgesetzgebung, bezeichneten sie als Farce, da ihre Durchsetzung nicht garantiert werde. Schließlich forderten sie alle aktiven GewerkschafterInnen Guatemalas auf, sich ein Beispiel an ihren lateinamerikanischen KollegInnen zu nehmen, die ihre Regierungen mittels massiver Proteste erfolgreich unter Druck gesetzt hätten, sich für den Schutz der Arbeitsrechte einzusetzen. Eine US-amerikanische Delegation unter dem Vorsitz der Handelskammer der USA, weilte Anfang März in Guatemala und beschäftigte sich vor allem mit den Arbeitskonflikten an der Atlantikküste. Die Delegation hatte die Entlassung von 900 ArbeiterInnen des Unternehmens BANDEGUA kritisiert, Sicherheitsgarantien für GewerkschafterInnen gefordert, die im Zuge der Arbeitskonflikte im vergangenen Jahr

angegriffen worden waren, und die Verurteilung der verantwortlichen Unternehmer verlangt. Die Delegation hatte Fortschritte in der Arbeitsgesetzgebung – insbesondere bei der Rechtsprechung und den Arbeitsschutzgesetzen – zur Bedingung dafür gemacht, dass die USA und die Länder der Initiative des Karibischen Beckens (ICC) Guatemala weiterhin Zollpräferenzen u.a. für Agrarprodukte einräumt. US-amerikanische und kanadische Menschenrechtsgruppen hatten vor Antritt der Delegationsreise gefordert, Guatemalas Zollpräferenzen zu suspendieren. Das Urteil gegen die 22 Unternehmer der „Bananen-Republik“ wurde kurze Zeit nach Erscheinen des Berichtes der US-Delegation gefällt. Marel Martínez, der ehemalige Generalsekretär der Gewerkschaft SITRABI, der im Oktober von den Unternehmern gekidnappt und gezwungen worden war, seine Rücktrittserklärung zu unterzeichnen, erklärte, dass das Urteil lediglich dazu diene, der internationalen Öffentlichkeit das Funktionieren der guatemalteckischen Justiz vorzuführen, aber nicht, um die Delikte ernsthaft zu ahnden. Enrique Villeda, ein weiteres betroffenes ehemaliges Leitungsglied von SITRABI, sagte, dass der gefällte Richterspruch ihr Todesurteil bedeute. Deshalb bliebe ihnen nur der Weg ins Exil. Martínez und Villeda verließen zusammen mit drei weiteren Kollegen am 24. März Guatemala in Richtung USA.

Einige der Verletzungen des Arbeitsrechtes wurden mittlerweile bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) angezeigt. Der Arbeitsminister Juan F. Alfaro Mijangos gab außerdem für April den Besuch einer ILO-Delegation bekannt. Regierung und Unternehmerverein CACIF versuchen unterdessen, die Bedrohung abzuwenden, aus dem Zollpräferenzsystem der ICC herauszufallen, und haben den seit drei Monaten unterbrochenen Dialog wieder aufgenommen. Der CACIF erklärte, seine Mitglieder seien an der Normalisierung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber- und ArbeitnehmerInnen interessiert.

Ein Verlust der Zollpräferenzen hätte weitreichende Konsequenzen für Guatemalas Unternehmerschaft, denn davon wären nicht nur Agrarprodukte betroffen, sondern auch Textilwaren der Maquila-Industrie und weitere nicht-traditionelle Exportprodukte.